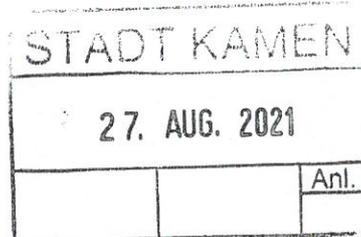




BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kamen - Rathausplatz 1 - 59174 Kamen

Bürgermeisterin der Stadt Kamen
Frau Elke Kappen
Rathausplatz 1

59174 Kamen



Fraktionsbüro :

Rathausplatz 1
59174 Kamen
Zimmer P4

☎ 02307 / 148 - 5400

☎ 02307 / 148 - 5450

fraktion@gruene-kamen.de

Bürozeiten :

Di. 10 - 12 Uhr

Do. 14 - 16 Uhr

Kamen, 26.08.2021

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Rat der Stadt Kamen
am 16.09.2021**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten für die nächste Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 16.09.2021
den folgenden Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt unterlässt bis auf weiteres alle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Überschwemmungsgefahr beitragen. Dazu gehört insbesondere die weitere großflächige Versiegelung von Grundstücken, etwa durch die Ausweisung oder Realisierung von neuen Baugebieten unmittelbar an Gewässern, wie z.B. das Baugebiet am Hemsack.
2. Geplante Bauvorhaben sind vor Baubeginn bezüglich ihrer eigenen Betroffenheit und ihrer Auswirkungen auf andere Grundstücke bei Hochwasser- und/ oder Starkregenereignissen zu überprüfen.



Begründung:

Nach den Dürre- und Hitzesommern der vergangenen Jahre hat spätestens das Starkregenereignis im Juli 2021 in verheerender Art und Weise deutlich gemacht, dass unsere Stadt und die Bürgerinnen und Bürger von den Klimaveränderungen betroffen sind.

Der aktuelle Stand der Forschung geht davon aus, dass Anzahl und Schwere dieser Extremereignisse zukünftig häufiger werden. Neben einer drastischen Verschärfung und Beschleunigung der Klimaschutzmaßnahmen müssen deshalb dringend auch örtlich passgenaue Maßnahmen zur Klimaanpassung getroffen werden.

Insbesondere dürfen von Rat und Verwaltung keine Entscheidungen mehr getroffen werden, die die Situation noch weiter verschlimmern. Dazu gehören insbesondere die Versiegelung von Frei- und Grünflächen sowie die Beeinträchtigung von Retentionsräumen an Gewässern. Auf beide Faktoren hat die Stadt wesentlichen Einfluss.

Wir hoffen sehr, dass die Hochwasserkatastrophe und das örtliche Starkregenereignis nun endlich zu einem Umdenken bei Verwaltung und Ratsmehrheit führt und klimaschädliche Entscheidungen in Frage gestellt und geändert werden, die in der Vergangenheit aus Gründen vorgeblicher ökonomischer Notwendigkeit getroffen wurden. Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass der wirtschaftliche Schaden unterlassenen Klimaschutzes wesentlich höher ist und zudem – noch wesentlich gravierender – auch ganz unmittelbar das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger bedroht sind.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Dörlemann
Fraktionsvorsitzende